

DEUTSCHLAND & EUROPA



Die neuen Medien und die politische Meinungsbildung

»Fake News« - ein Produkt der neuen Medien?

»Deutschland & Europa« wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

Direktor der Landeszentrale
Lothar Frick

Chefredaktion
Jürgen Kalb, juergen.kalb@lpb.bwl.de

Redaktionsassistentz
Verena Richter-Demel,
verena.demel@lpb.bwl.de

Beirat
Günter Gerstberger, Robert Bosch
Stiftung GmbH, Stuttgart, im Ruhestand
Renzo Costantino, Ministerialrat,
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Prof. Dr. emer. Lothar Burchardt,
Universität Konstanz

Dietrich Rolbetzki, Oberstudienrat i. R.,
Filderstadt

Lothar Schaechterle, Professor i. R.
am Staatlichen Seminar für Didaktik
und Lehrerbildung Esslingen

Dr. Beate Rosenzweig, Universität Freiburg
und Studienhaus Wiesneck

Dr. Georg Weinmann, Studiendirektor,
Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Wertheim

Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg

Jürgen Kalb, Studiendirektor, Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg

Anschrift der Redaktion
Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-21 oder -43
Fax: 07 11/16 40 99-77

Gestaltung Titel
VH-7 Medienküche GmbH, Stuttgart

Gestaltung Innenteil
Schwaberverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon: 07 11/44 06-0, Fax: 07 11/44 06-179

Druck
Neue Süddeutsche Verlagsdruckerei, Ulm
89079 Ulm

»Deutschland & Europa« erscheint
zweimal im Jahr.

Preis der Einzelnummer: 3,00 EUR
Jahresbezugspreis: 6,00 EUR

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
die Meinung des Herausgebers und der Redak-
tion wieder. Für unaufgefordert eingesandte
Manuskripte übernimmt die Redaktion keine
Haftung.

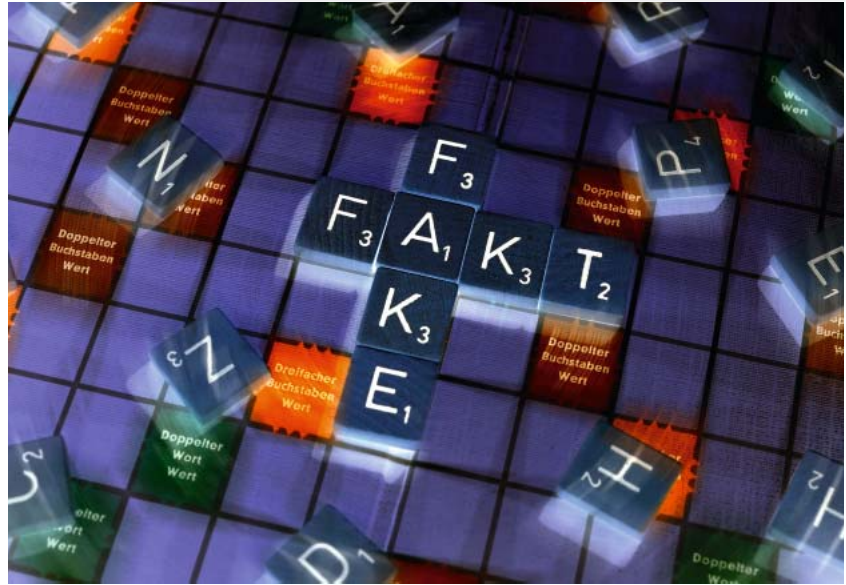
Nachdruck oder Vervielfältigung auf elek-
tronischen Datenträgern sowie Einspeisung
in Datennetze nur mit Genehmigung der
Redaktion.

Titelfoto: dpa, picture alliance, Bildagentur-on-
line, 2017

Auflage dieses Heftes: 17.000 Exemplare

Redaktionsschluss: 10.11.2017

ISSN 1864-2942



»Fake oder Fakt« - für viele Internetuser schwer zu entscheiden..

© picture alliance/Bildagentur-online



Das komplette Heft finden Sie zum Downloaden als PDF-Datei unter
www.deutschlandundeuropa.de

Neue Medien und politische Meinungsbildung

| | |
|--|----|
| Vorwort des Herausgebers | 2 |
| Geleitwort des Ministeriums | 2 |
| 1. Bedrohen »Fake News« die politische Meinungsbildung? (Jürgen Kalb) | 3 |
| 2. Wie sich Medienkompetenz gegen »Fake News« nutzen lässt (Markus Ehrenberg) | 6 |
| 3. Die Bedeutung Neuer Medien für populistische Parteien (Marcus Maurer) | 16 |
| 4. Manipulation in sozialen Netzwerken (Dietmar Janetzko) | 26 |
| 5. Verschwörungstheorien im Internet (Michael Butter) | 36 |
| 6. Die Macht der Internetkonzerne und die Herausforderungen für die Medienbildung (Horst Niesyto) | 46 |
| 7. Strukturwandel des Mediensystems (Wolfgang Seufert) | 54 |
| 8. Satireboom und Journalismuskrise am Beispiel der ZDF-Satiresendung »DIE ANSTALT« (Dietrich Krauß) | 64 |

DEUTSCHLAND & EUROPA INTERN

| | |
|--|----|
| D&E-Autorinnen und Autoren – Heft 74 | 72 |
|--|----|

Vorwort des Herausgebers

Wir leben in einer Zeit der Informationsflut. Die schiere Masse an Informationen kann heute kaum mehr jemand sinnvoll verarbeiten. Das überfordert viele, die sich nach einer ordnenden Logik und Einfachheit sehnen. Informationen sollen im Zeitalter der Digitalisierung zudem noch kostenfrei und leicht zu konsumieren sein. Vor allem junge Leser sind in der »Gratiskultur des Internets« kaum mehr bereit, Geld für gut recherchierten und kritischen Journalismus auszugeben. Die Abonnements für lokale oder überregionale Zeitungen und Zeitschriften brechen ein, die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten sehen sich zunehmend kritischen Kommentaren ausgesetzt. Andererseits boomen die neuen Medien, die sogenannten »social media« bzw. sozialen Netzwerke wie z.B. »Facebook« oder das Videoportal »YouTube«. Was bedeutet dies für die politische Meinungsbildung, die zu den Grundvoraussetzungen jeder demokratischen Auseinandersetzung gehört?

Immer wieder ist dabei die Rede von »Fake News«. Wer in Deutschland gedruckt etwas anderes als die Wahrheit veröffentlicht, muss nicht nur mit einer Rüge des Deutschen Presserates rechnen, sondern wird in der Regel auch über die Justiz belangt. Zumeist ohne Rüge kommen dagegen bislang private Blogs oder Posts in sozialen Netzwerken davon.

Weniger netzaffine Menschen denken bei »Fake News« in erster Linie an die typische »Zeitungssente«. Diese Falschmeldungen gibt es sicher nach wie vor, doch vieles, was wir »Fake News« nennen, wird inzwischen ganz bewusst und gezielt im Internet gestreut und »geteilt« und damit mit einem persönlichen Bezug versehen.

Der Eindruck entsteht dabei, dass Lesern von »Fake News« der Informationsgehalt weniger wichtig als die Glaubwürdigkeit, weil sie das bestätigen, was die Leser bereits glauben. Und dazu gehört auch die Behauptung, dass andere Medien unfair gegenüber der eigenen Weltsicht seien. Die These einer »Lügenpresse« überspitzt das sicherlich, belegt aber doch den zunehmenden Vertrauensverlust gegenüber der Politik und der Medienlandschaft bei Teilen der Bevölkerung.

US-amerikanische Untersuchungen haben aber auch ergeben, dass »Fake News«-Seiten zehnmal weniger besucht werden als traditionelle Nachrichtenkanäle im Internet. Denn die sozialen Medien bieten den Bürgerinnen und Bürgern enorme Möglichkeiten zur Information sowie zur Partizipation. Die aktuelle Ausgabe von D&E will deshalb nicht nur die kritische Auseinandersetzung mit den neuen Medien fördern, sondern auch Impulse für den produktiven Umgang mit diesen Medien setzen.



Lothar Frick
Direktor
der Landeszentrale
für politische Bildung
in Baden-Württemberg



Jürgen Kalb
LpB Baden-Württemberg,
Chefredakteur von
»Deutschland & Europa«

Geleitwort des Ministeriums

Fast alle Jugendlichen in Deutschland besitzen inzwischen Smartphones, wie die JIM-Studie 2016 zur Mediennutzung Jugendlicher ergab. Was bedeutet diese Digitalisierung der Kommunikation? Können Jugendliche heute begründet zwischen Fakten und »Fake News« unterscheiden oder bewegen sie sich zunehmend in sogenannten »Filterblasen« Gleichgesinnter?

Die Entwicklung unserer Gesellschaft zu einer Mediengesellschaft macht Medienbildung zu einem wichtigen Bestandteil allgemeiner Bildung. Ziel von Medienbildung ist es, Jugendliche so zu stärken, dass sie den neuen Anforderungen und Herausforderungen dieser Mediengesellschaft selbstbewusst und mit den dafür erforderlichen Fähigkeiten begegnen können. Dazu gehört eine sinnvolle, reflektierte und verantwortungsbewusste Nutzung der Medien. Im Bereich der politischen Bildung geht es auch darum, gezielt »Nachrichtenkompetenz« zu fördern. Die neuen Bildungspläne des Landes Baden-Württemberg tragen dem unter anderem mit der Verankerung der Leitperspektive »Medienbildung« Rechnung.

In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift »Deutschland & Europa« untersuchen sieben Wissenschaftler und Journalisten die aktuelle Medienlandschaft und zeigen auf, wie sich Konsumenten wirksam gegen Manipulationen schützen können. Vergleiche mit den Entwicklungen in den USA und den Leistungen der Qualitätspresse sowie der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland beleuchten die Chancen und Risiken dieser Digitalisierung besonders im Nachrichtensektor. An konkreten Beispielen wird verdeutlicht, welchen Manipulationsrisiken sich die Jugendlichen heute ausgesetzt sehen. So werden beispielsweise von bestimmten Akteuren bewusst »Fake News« in der politischen Auseinandersetzung eingesetzt. Und was ist dran am Vorwurf der »Lügenpresse«? Stellen die bei Jugendlichen beliebten Satiresendungen eine Alternative dar? Soll und kann die Politik regulierend eingreifen?

Neben den wissenschaftlichen Analysen stellt »Deutschland & Europa« dazu auch in dieser Ausgabe eine Fülle von kontrovers zu diskutierenden Meinungen und Materialien zur unmittelbaren Verwendung im Unterricht zur Verfügung. Zudem wird immer wieder nach Hilfestellungen für die Schülerinnen und Schüler gefragt, zum Beispiel nach Faktenchecks, um eine selbstständige, an Kriterien orientierte und mündige Urteilsbildung bei Lernenden und Lehrenden zu ermöglichen. Damit ist es dem Autorenteam gelungen, für die Behandlung des Themas in Schule und Unterricht eine gute Grundlage zu schaffen.



Dr. Susanne Eisenmann
Ministerin für Kultus, Jugend und Sport
des Landes Baden-Württemberg